



Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A) 73600-3667, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3606-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 600. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigenpreis: zum Zelle 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: zum Zelle 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, KochstraÙe 22-26

20 Pf. - Nr 577 - A 292

SONNTAG, 7. DEZEMBER 1930

MORGEN-AUSGABE · V

Vierzig Stimmen Mehrheit für Brüning

Die Notverordnung vom 1. Dezember bleibt in Kraft

Gegen 6 Uhr gestern nachmittag war der Sieg der Regierung entschieden. Die Anträge der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten auf Aufhebung der Notverordnung vom 1. Dezember wurden im Reichstag in namentlicher Abstimmung mit 293 gegen 253 Stimmen abgelehnt. — Die Abstimmung über die Mißtrauensanträge ergab eine Ablehnung mit folgendem Stimmverhältnis: von 548 insgesamt abgegebenen Stimmen wurden 256 Ja-Stimmen, 291 Nein-Stimmen abgegeben bei einer Enthaltung. Die Regierung hat also eine Mehrheit von 40 Stimmen gegen die Aufhebung der Notverordnung und von 35 Stimmen bei den Mißtrauensanträgen erhalten. — Auch eine Abstimmung über die gesellschaftermäßige Zulässigkeit des demagogischen, nationalsozialistischen Antrages, in dem der Regierung das Vertrauen ausgesprochen werden sollte, fiel im Sinne der Regierung aus: es wurden 553 Karten abgegeben, 22 Abgeordnete enthielten sich der Stimme, 298 Stimmen gegen die Zulässigkeit und 233 dafür.

Die Regierung behält fast gestern auf der ganzen Linie gegen. Zu den drei entscheidenden Abstimmungen über die Aufhebung der Notverordnung, über die Zulässigkeit des nationalsozialistischen Antrages und über die Mißtrauensanträge der Oppositionsparteien hat die Mehrheit von 25 bis 65 Stimmen erzielt. Dabei ist zu beachten, daß diese Zahlen noch keineswegs das richtige Verhältnis zwischen den die Regierung stützenden Parteien und der Reichsopposition darstellen. Wenn man die 77 Kommunisten, die unentgeltlich mit Silber und Silberberg gestimmt haben, außer Betracht läßt, dann ist die Opposition auf der rechten Seite des Hauses geringer als sie in den Abstimmungsabgaben zum Ausdruck kommt.

Die Mehrheit für die Regierung ist allerdings nicht so groß, wie bei den Abstimmungen am 18. Oktober. Das ist zu erklären mit dem Wiedereintritt der Wirtschaftspartei in das gemeinsame Lager und mit der großen Anwesenheitszahl bei der kommunistischen Fraktion, während mehrere sozialdemokratische Abgeordnete, die den äußersten radikalen Flügel der Fraktion darstellen, sich an der Abstimmung nicht beteiligt haben. Die Majorität der Regierung übertrifft jedenfalls die Erwartungen der Opposition, die geglaubt hat, das Schicksal des Kabinetts Brüning werde an eigenen Stimmen hängen und zugleich ihre Hoffnung gesetzt hatte auf ein gesellschaftermäßiges Mandat, das durchgesetzt worden ist.

Man hat gestern im Reichstag zum erstenmal das Schauspiel erlebt, daß in einer Gesellschafterdebatte alle Mitglieder des Präsidiums als Parteimitglieder auftraten und in der Auslegung der einzelnen Bestimmungen zum Teil gegeneinander sprachen, ausgenommen den gerade amtierenden Präsidenten Söbe, der trotz jeder Meinungsäußerung enthalten muß. Der Vizepräsident Celler vom Zentrum begründete den Zentrumsantrag, der Reichstag solle die Zulässigkeit des nationalsozialistischen Vertrauensantrages verneinen, mit einer Reihe von Präzedenzfällen aus den früheren Jahren. Gegen ihn polemisierte der Vizepräsident C r ä t z von den Deutschnationalen und der Vizepräsident von der Nationalsozialistischen Partei, G ä h r e. Die Polemik schloß war um so heftiger, als es offenbar wieder gutmachen mußte, daß er in der vorangegangenen allgemeinen Debatte einen Sprecher seiner eigenen Fraktion darauf hatte aufmerksam machen müssen, daß es unzulässig sei, den Reichstagsler als die Anstaltur eines politischen Führers zu bezeichnen.

Die Nationalsozialisten schienen geglaubt zu haben, daß sie mit ihrem unerschöpflichen und unabweislichen Vertrauensantrag das höchste Schicksal zu erlangen, das eine politische Partei treffen kann, nämlich den Fluß der Würdlichkeit. Man nimmt Herrn D r e w i t z, der gestern bei den Abstimmungen so geschäftig

hin und her eilte, um seine Fraktionskollegen zu instruieren, politisch auf seiner Seite des Hauses mehr ernst.

Schöden den Nationalsozialisten und ihren Freunden die Reichsregierung durch die Anwesenheitsleistungen zu erregt und persönlich gereizt, daß Präsident Söbe sich veranlaßt sah, einzugreifen, und androhte, daß er jeden Abgeordneten für längere Zeit ausgliedern müßte, der einen Abgeordnetenkollegen wegen

Heute neuer Roman von Remarque

seiner Abstammung bedrohen sollte. Das energische Auftreten des Präsidenten dämpfte die Aufregung, und die Abstimmungen konnten ungehindert vor sich gehen. Sie ergaben im Sinne der Regierung die größte Mehrheit. Aber man wird aus der gesteigerten Erfahrung hoffentlich die Folgerung ziehen, endlich die Geschäftsordnung entsprechend zu ändern, um drückt unfairen Anträgen einen Riegel vorzuschleichen.

Die Ablehnung der Mißtrauensanträge wurde mit Rücksicht genommen, denn sie war nach den vorangegangenen Resultaten nicht sehr zweifelhaft, und auch die Ablehnung des Antrages auf Aufhebung der Notverordnung vom Juli war von vornherein gesichert. Der Reichstag will in der nächsten Woche noch verammelt bleiben, um die noch ausstehenden Abstimmungen vorzunehmen und einige Vorlagen zu erledigen, die drängen. Ob es auch zu einer Aussprache über die außenpolitische Debatte kommen wird, ist zweifelhaft.

Die Regierung hat nun in der Notverordnung die Voraussetzungen für die weiteren Maßnahmen wirtschaftlicher, finanzieller und allgemeiner politischer Natur, die der Kancelar im Reichstag angekündigt hat. Ihre Stärke hängt nicht davon ab, ob ihre parlamentarische Mehrheit um ein Duzend Stimmen größer oder kleiner ist, sondern von ihrem Handeln und dem Erfolg ihrer Tätigkeit. (Von Sitzungsbericht geben wir auf der 6. Seite)

Italien bekommt französisches Geld

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 6. DEZEMBER

Die von der italienischen Regierung wiederholt abgelehnten Bemühungen um größere italienische Kredite in Frankreich und den Vereinigten Staaten werden heute durch eine Information der „New York Times“ in vollem Maße bestätigt. Das Blatt meldet, daß die amerikanische und die französische Regierung das außerordentlich erregende Goldschicksal Italiens besprochen hätten, um auf dem einen Tritt in der Währungsfrage auszuweichen und Mussolini zum Verzicht nicht nur auf die Annäherung an Deutschland und Rußland, sondern vor allem auch auf seine Forderung nach der Flottenparität mit Frankreich zu zwingen.

Wie wir dazu von gut unterrichteter Seite erfahren haben, dürfte die Parteilichkeit offenbar überhört sein, als die Ergebnisliste der ursprünglich offiziell geführten Verhandlungen die italienische Regierung bereits vor einiger Zeit vernachlässigt hat, sich unter Umgehung der zuständigen Stellen an private Geldgeber zu wenden. Die Verhandlungen darüber werden nicht mehr in Paris, sondern in London geführt, obwohl es sich fast ausschließlich um französische Gelder handeln dürfte. Trotz der absehbenden Haltung ihrer Regierung schienen einige französische Großbanken in Ermangelung anderer Vermögensmöglichkeiten nicht abgeneigt, einige Milliarden in Italien zu investieren.

Italien hat, wie wir schon früher melden konnten, bereits von einer französischen Großbank einen kurzfristigen Kredit in Höhe von 600 Millionen Franken erhalten, und es ist nicht auszuschließen, daß ihm weitere Kredite zur Verfügung gestellt werden.

Der Sieg der Regierung

Von DR. PETER REINHOLD, Mitglied des Reichstags

Mit dem Sieg der ganzen Linie, den die Regierung gestern im Reichstag errungen hat, ist ein neuer wichtiger Schritt auf dem Wege der Sanierung unserer Finanzen und unserer Wirtschaft getan: Die grundlegende Notverordnung des Reichspräsidenten bleibt in Kraft. Gleichgültig ist eine eventuelle Steigerung der politischen Atmosphäre erfolgt. Was an dieser Stelle seit der Unglücksstunden vom September mehr als einmal vorhergesagt wurde, daß sich erneut be-währen: Das Kabinett Brüning ist trotz der hoffnungslosen zahlenmäßigen Widerstreit der hinter ihm stehenden Parteien härter, als es irgendeine Reichsregierung seit der Revolution war, solange es den Willen und die innere Gewissenhaftigkeit hat, den für richtig erklärten Weg zielstrebig und ohne Schwanken zu Ende zu gehen. Dazu vermag weder das Schicksal des Herrn D r e w i t z, noch der Reichsamtpräsident des Bundesrats etwas zu ändern, die das freudigste Spiel absehender Stimmgabe in nur deshalb erlauben konnten und erlaubt haben, weil sie wußten, daß die Regierung trotzdem über eine genügende Mehrheit verfügen würde.

Gerade wegen dieses unverantwortlichen Treibens der Parteigeistigen, das mit Politik nicht das mindeste mehr zu tun hat, gebildet den Fraktionen um so größere Achtung, die, statt Parteipolitik zu treiben, um des Staates willen das Opfer auf sich nehmen, vielen im einzelnen unpopulären und zum Teil auch unerschwinglichen Maßnahmen zuzustimmen, die aber doch in ihrer Gesamtheit die notwendige Reform der Finanzen und der Wirtschaft gewährleisten. Die ganze Lage ähnelte sehr stark der im Herbst 1923. Auch damals war die Not wieder Schicksal des Volkes auf das höchste gestiegen, das das Endbildnis der Inflation ähnliche Folgen gezeigt hätte, wenn es heute die fortgeschrittenen Wirtschaftskräfte, und genau wie heute, nicht mehrere mütterlichen Not eine seelische Zerrüttung des einzelnen und eine politische Stabilisierung der Massen hand in Hand: Die erste Flut des Nationalsozialismus, die nach der Stabilisierung so schnell abebbte, hatte ihren Höhepunkt erreicht. Auch 1923 verzichtete das Parlament freiwillig auf sein Gesetzgebungsrecht und gab der Regierung die Möglichkeit, durch Notverordnungen die Grundlagen für den Wiederaufbau zu schaffen, mit dem Ergebnis, daß der in seiner Konzeption geniale Plan des damaligen Reichsministers der Finanzen, des jetzigen Reichsbankpräsidenten Dr. Brüning, auf dem bauwerkartigen Fundament die mühtigen Optimisten kaum glaubt hatten, wirklich die Wendung brachte: Das Wunder der Rentenmark verschaffte uns wieder festen Boden unter den Füßen, und die hätten, auch vor wohlworbener Nechten nicht haltmachten Gesetze zur Stabilisierung der Währung erwiesen sich trotz aller Einseitigkeiten als so lebensnotwendig für die Nation, daß seine Selbstverwirklichung sich zumannabend, die ihre Aufhebung verunantwortlich konnte und mochte.

Allein heute hätte damals das Parlament, wenn es auch — genau wie heute — nicht den Mut zur politischen Verantwortung für die einzelnen Maßnahmen hatte, doch durch ein Ermächtigungsgesetz größere parlamentarische und haushälterische Disziplin bewiesen, als es durch die jede Befreiungswilligen verbindende Eperminorialität der Nationalsozialisten, Jugendverbände und Kommunisten zu einem solchen Entschluß unzulängliche Reichstag des Jahres 1930. Er schneidet deshalb auch vor dem Urteil der Öffentlichkeit weit schärfer ab als seine Vorgänger: Wenn es das Ziel der drei genannten Parteien war, das parlamentarische System zu destruieren, so ist ihnen das zweifelsfrei in erheblichem Maße gelungen, wobei ihnen vor allem die Reichspartei mit dem besten seit Jahren herbeizuführen eigenen Antifakt für das Verbrechen widergeholten hat. Wir haben in Deutschland in den letzten Jahren und Monaten manderlei wunderliche Beweise dafür bekommen, wie gründlich einzelne Parteien das parlamentarische System mißbrauchten: Vor allem die Ministerpräsidenten aus der eigenen Fraktion heraus war im Reichstag beinahe jede Tradition ge-